

Appell zur Kooperation

Nicht der Bund, sondern die Städte sind die Vorreiter bei der Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland. Dies sagt Helmut Fogt, Beigeordneter des Deutschen Städtetags. Ein Interview über das neue Positionspapier des Städtetags zum e-Government.

Herr Dr. Fogt, der Deutsche Städtetag hat jetzt ein Positionspapier zum e-Government verabschiedet. Welche Bedeutung hat die elektronische Verwaltung für die Kommunen?

e-Government kann zweierlei leisten: Es macht unsere Verwaltungen einfacher, schneller, effizienter und wirksamer – und es macht unsere Verwaltungen zugleich transparenter, offener, beteiligungsfreundlicher. Beides gehört zusammen: e-Government und e-Democracy. Für die Städte bedeutet e-Government somit weit mehr als bloßen Technikeinsatz.

Welche Rolle spielen die Städte bei der Verwirklichung von e-Government?

Die Städte sind Vorreiter im gesamten öffentlichen Bereich. Sie waren die ersten, die das Internet systematisch genutzt haben, zunächst für Informationsangebote aller Art, jetzt mehr und mehr auch für interaktive Angebote. Die Portale der großen Städte halten in dieser Hinsicht jedem Vergleich etwa auch mit privaten Anbietern stand. Der Bund und die Länder haben inzwischen nachgezogen. Aber der Bund hat mit vielleicht einem Zehntel dessen, was die Kommunen an Verwaltungsdienstleistungen zu organisieren haben, auch den weitaus leichtesten Part zu bewältigen.

Und wo stehen die deutschen Kommunen im internationalen Vergleich?

Es gibt eine Reihe von Studien, die Deutschland insgesamt eher einen Platz im Mittelfeld zuweisen. Dabei wird insbesondere die mangelnde Leistungstiefe im Sinne einer Komplettabwicklung vollständiger Verwaltungsvorgänge über das Netz kritisiert. Man muss allerdings die Frage nach den Ursachen für diese Defizite stellen, denn nur dann kann man den Befund mit Aussicht auf Erfolg

verbessern. Die entscheidende Ursache liegt zweifellos in dem fast vollständigen Fehlen aller Infrastrukturen, die Voraussetzung sind für die medienbruchfreie elektronische Abwicklung komplexer Verwaltungsvorgänge: also Netzwerke, Übermittlungsstandards, Schnittstellen, standardisierte Geschäftsmodelle. Da das nicht eine Stadt allein und auch kein Bundesland allein entwickeln kann, wäre es Aufgabe des Bundes gewesen, hier von Anfang an wesentlich breitere Entwicklungsarbeit zu leisten, als er es mit der Förderung einiger weniger kom-



Dr. Helmut Fogt

Zur Person

Dr. Helmut Fogt, 49, ist promovierter Politikwissenschaftler. Nach einer mehrjährigen Forschungstätigkeit arbeitete er von 1989 bis 2000 im Bundesministerium des Innern, zuletzt im Rang eines Ministerialrats.

Seit 1992 war er beurlaubt zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Leiter der Planungsgruppe). Im Jahr 2000 erfolgte seine Wahl zum Beigeordneten für Personal, Organisation und Informationstechnologie des Deutschen Städtetages.

„e-Government bietet eine große Chance zum Durchbruch bei der Verwaltungsmodernisierung.“

munaler Modellvorhaben im Rahmen des MEDIA@Komm-Projekts getan hat. Bis vor nicht allzu langer Zeit hat die Bundesregierung noch geglaubt, sich auf ihre eigenen Verwaltungsleistungen beschränken zu können. Inzwischen gibt es hier ein

Umdenken, und das ist auch höchste Zeit.

Bei anstehenden Veränderungen wie jetzt bei der Einführung von e-Government neigen die Kommunen vielfach dazu, das Rad immer wieder neu erfinden zu wollen. Was setzen Sie dem entgegen?

Das hat mit dem gerade angesprochenen Fehlen standardisierter Lösungen zu tun. Wir setzen dagegen den Appell zur Kooperation oder wenigstens Koordination der wechselseitigen Bemühungen. Die Kommunen praktizieren dies im Rahmen ihrer Möglichkeiten, etwa auch un-

und ihre Mitarbeiter zu. Da holt mancher tief Luft, und das kann man auch verstehen. Gleichwohl bietet e-Government eine große Chance zu einem nachhaltigen Durchbruch bei der Verwaltungsmodernisierung, und wir werben sehr dafür, dass diese Chance auch wahrgenommen wird.

Die Einführung von e-Government ist auch für die Städte mit erheblichen Kosten verbunden. Wie bewerten Sie den Return-on-Investment?

Das ist sicherlich ein kritischer Faktor. Die Finanzlage der deutschen

Städte ist gegenwärtig auf das äußerste angespannt, und sie wird es einsteilen auch

bleiben. Aufwändige Vorhaben, wie die Umstellung auf online-fähige Verwaltungsabläufe, werden daher eher in mittel- oder langfristiger Perspektive zu betrachten sein. Vielfach werden die Möglichkeiten dazu überhaupt fehlen. Dies umso mehr, als Einsparpotenziale, die sicher enthalten sind, auch eher in einem längeren Zeitraum realisierbar sind. Wir plädieren deshalb dafür, zunächst die Nachfrage nach aufwändigeren Angeboten gründlich zu eruieren, eine intensive Kosten-Nutzen-Betrachtung anzustellen, und dann in einem schrittweisen Vorgehen erst einmal mit den professionellen Nutzern im unmittelbaren Umfeld

der Kommunalverwaltung, also beispielsweise Bauträgern, Architekten, Versicherungen oder der Kfz-Branche, zu beginnen.

Die Frage „Wie sicher muss e-Government sein?“ hat eine Schlüsselstellung bei der Verwaltungsdigitalisierung. Wie ist die Position des Deutschen Städtetages hierzu?

Natürlich gelten für den öffentlichen Bereich – wo es um Verwaltungsentscheidungen geht, die gerichtsfest sein müssen, wo es um die Übermittlung personenbezogener Daten geht – besonders hohe Sicherheitsanforderungen. Wir warnen aber vor einem übertriebenen Perfektionismus. Die Verwaltung geht im Zweifel gern auf Nummer Sicher. Wir sollten es letztlich dem Bürger selbst überlassen, auf welchem Sicherheitsniveau er mit der Verwaltung kommunizieren will, jedenfalls soweit nichts anderes zwingend vorgeschrieben ist. Wenn er mit der Verwaltung per einfacher e-Mail in Kontakt tritt, warum sollte sie ihm dann nicht auch so antworten?

Die elektronische Signatur ist ein wichtiges Element beim e-Government. Das Aus für den e-Signatur-Anbieter Deutsche Post Signtrust zeigt exemplarisch die

„Der Versuch, die qualifizierte e-Signatur in die Breite zu tragen, wird nicht funktionieren.“

ter Einbeziehung der kommunalen Rechenzentren. Was noch sehr viel stärker intensiviert werden muss, ist die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, selbstverständlich unter Wahrung des autonomen Handlungsspielraums der Beteiligten, aber eben dort, wo wir ohne Zusammenarbeit nicht weiterkommen.

e-Government bietet die Chance zur Entbürokratisierung und Vereinfachung der Verwaltung. Steht damit das bisherige Verwaltungshandeln auf dem Prüfstand?

Ja, das ist unvermeidlich. Man muss natürlich sehen, dass wir in unseren Städten gerade erst ein Jahrzehnt eines sehr ambitionierten Modernisierungsprozesses hinter uns haben, der im Zeichen des sogenannten „Neuen Steuerungsmodells“ stand. Und jetzt kommt die nächste Welle auf die Verwaltung



Ende der „Stempel-Kultur“ durch e-Verfahren?

Schwierigkeiten in diesem Bereich. Wie stehen Sie zur Notwendigkeit der elektronischen Unterschrift?

Das Ende von Signtrust scheint mir eine klare Warnung, dass der Versuch, die elektronische Signatur, oder genauer gesagt: die qualifizierte Signatur, in die Breite zu tragen, nicht funktionieren wird. Wir haben damit ein sehr perfektes Instrument geschaffen, das den Schönheitsfehler hat, dass es nur für einen eng begrenzten Kreis von „Multi-Usern“, eben die genannten verwaltungsnahen Nutzer, von Interesse ist. Und die Verwaltung selbst wird die Signatur im Zweifel fleißig nutzen. Wir sind mit einem Wort auf dem besten Wege, aus der Signatur ein „In-sich-Geschäft“ der Verwaltung zu machen. Ich fürchte, wir werden uns sehr viel mehr Gedanken dar-

„Die Förderung des Bundes muss anders ansetzen als bisher.“

über machen müssen, welches Potenzial in den beiden vereinfachten Varianten, der einfachen und der fortgeschrittenen Signatur, für e-Government-Anwendungen steckt, wenn wir aus diesem Dilemma herauskommen wollen.

Sehen Sie auch Risiken im Zusammenhang mit e-Government?

Ich sehe mindestens zwei Risiken, jedenfalls aus Sicht der Kommunen. Das eine Risiko hängt mit der digitalen Spaltung unserer Gesellschaft zusammen, die sich ziemlich genau entlang der 50 Prozent-Marke Internetnutzer/Nichtnutzer zu verfestigen scheint. Für die Städte bedeutet das, dass sie auf unabsehbare Zeit zweigleisig fahren müssen – moder-

ne elektronisch gestützte Angebote entwickeln müssen, während sie gleichzeitig die bestehenden konventionellen Angebote beizubehalten und weiter zu optimieren haben. Das ist ein Spagat, der schwer durchzuhalten ist. Das andere Risiko sehe ich darin, dass die Städte bei diesem wahrlich heroischen Versuch nicht etwa Lob und Unterstützung in der Öffentlichkeit bekommen, sondern auch noch schlechte Zensuren in allen möglichen Leistungsvergleichen und Rankings, national und international. Das motiviert natürlich niemanden, die Stadtmütter und -väter so wenig wie jeden Mitarbeiter. e-Government kann aber nur mit hochmotivierten Mitstreitern das werden, was wir uns alle erwarten.

Wie wirkt sich e-Government auf das Verhältnis Bund – Länder – Kommunen aus?

Es bietet die Chance, auch das Verhältnis der staatlichen Ebenen zueinander effektiver zu ordnen – zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen Verwaltungsdienstleistungen aus einer Hand erhalten, und zwar dort, wo sie die elektronische Verwaltungswelt betreten – unabhängig von Zuständigkeitsfragen, ohne die bekannte „Ämter-Rallye“. Das kann aber nur gelingen, wenn alle Beteiligten, Bund, Länder und Kommunen, der Versu-



Beim e-Government sollten die Städte kooperieren.

chung widerstehen, entweder nur den eigenen Bereich organisieren zu wollen, oder umgekehrt, andere für sich vereinnahmen zu wollen. Für beide Tendenzen gibt es leider Beispiele.

Welche Forderungen stellen Sie an den Bund – wie kann die Umsetzung von e-Government in den Städten gefördert werden?

Wir rufen gewiss nicht nach dem Bund, weil das der bequemere Weg ist. Aber es ist Teil gesamtstaatlicher Verantwortung, Infrastrukturen bereitzustellen, die einzelne Nutzer aus eigener Kraft nicht auf die Beine stellen können. Was wir vor allem benötigen, sind prototypisch entwickelte elektronische Geschäftsmodelle, nach denen konventionelle Verwaltungsverfahren online-fähig modelliert werden können. Das muss relativ schnell entwickelt werden, und das kann nicht eine geförderte Modellstadt so nebenher liefern. Hier muss die Förderung des Bundes anders ansetzen als bisher. Der Kooperationsausschuss ADV, in dem Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten, wäre das geeignete Gremium, dies zu organisieren.

Interview: Sabine Schutz